

5/2010  
LANDWIRTSCHAFT

**Wiederkäuer als Klimaschützer.** Seite 3

**Das Problem ist die Konkurrenz aus dem Ausland. Interview mit Henry Njakoi.**  
Seite 5

**Mensch Macht Milch. Fotoausstellung.** Seite 4

## EDITORIAL



**Tilman Santarius**  
Vorstandsmitglied  
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

Waldbrände in Russland und Überschwemmungen in Pakistan – ist Hunger ausschließlich mit Naturkatastrophen erklärbar? Oder sind es doch eher die Preisschwankungen an den Rohstoffbörsen? Um hier eine ausgewogene Antwort zu finden, lohnt sich ein Blick über die Tagesaktualität hinaus. Dann wird deutlich, dass auch die globale Agrarpolitik einen entscheidenden Einfluss auf die weltweite Ernährungssituation ausübt. Und nicht zuletzt die Agrarpolitik der

Europäischen Union – diesem zweitgrößten Einzelposten im Haushalt der EU und der größten Subventionsmaschinerie weltweit. Im kommenden Jahr soll die EU-Agrarpolitik reformiert werden. Eine Chance, um für die Rechte von (Klein-) Bauern und den Umweltschutz zu kämpfen.

In dieser Ausgabe beleuchten wir an den Beispielen Milch und Fleisch die Zusammenhänge zwischen der EU-Agrarpolitik und der Ernährungssituation in Entwicklungsländern. Wir geben Denkanstöße, die wir in die Reform-Debatte des nächsten Jahres einbringen werden. Gemeinsam mit anderen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen setzt Germanwatch alles daran,

zu einer entwicklungs- und klimaverträglicheren Landwirtschaft zu gelangen.

Es grüßt Sie herzlich

Tilman Santarius

ALLES BLEIBT ANDERS

## Europa stellt die Weichen für eine Agrarpolitik nach 2013



Alle Fotos dieser Weitblick-Ausgabe, sofern nicht anders angegeben, hat Fred Dott für die Ausstellung „Mensch Macht Milch“ aufgenommen.

Die europäische Agrarpolitik steht vor einem kritischen Jahr. Bis 2012 soll eine weitere Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union beschlossen werden – die Vierte seit 1992. Die Reformdiskussion könnte diesmal transparenter werden als jemals zuvor. Schon bevor die EU-Kommission Ende dieses Jahres ihre Vorschläge vorstellen wird, hat sie zu öffentlichen Konsultationen eingeladen. Außerdem legt der Lissabon-Vertrag fest, dass die nationalen Parlamente sich besser beteiligen können und das Europäische Parlament der Reform zustimmen muss. Der Prozess bietet die Chance, viele der seit langem ungelösten Probleme der GAP anzugehen und auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Schon jetzt wird deutlich, dass die GAP den Spagat zwischen ihren widersprüchlichen Zielen immer weniger meistert. Bislang soll die GAP einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungsindustrie stärken. Nicht nur gegenüber Importen aus dem Ausland, sondern auch, um neue Exportmärkte zu entwickeln und alte zu verteidigen. Andererseits soll sie eine „multifunktionale Landwirtschaft“ begünstigen, die hohe Sozial- und Umweltstandards einhält, unsere Kulturlandschaften pflegt, die biologische Vielfalt erhält sowie Beschäftigung und Entwicklung im ländlichen Raum fördert.

### Wettbewerb statt Nachhaltigkeit

In der realen Umsetzung der GAP dominiert die Wettbewerbsfähigkeit. Den Löwenanteil des EU-Agrarhaushalts – jährlich 40 Milliarden Euro – erhalten Landwirte in Form von Direktzahlungen. Nur wegen dieser Subventionen können sie so niedrige Preise für ihre Produkte nehmen, um am Weltmarkt mitzuhalten. Die umweltpolitischen Auflagen für diese Zahlungen gehen kaum über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards hinaus. Letztlich erfolgen die Direktzahlungen ohne Rücksicht auf die großen ökologischen Probleme der Landwirtschaft von heute wie die Belastung des Grundwassers durch Nitrate, der Verlust von Arten durch ausgeräumte Landschaften oder Emissionen von Treibhausgasen durch Mineraldünger und Massentierhaltung.

Ein weiterer großer Posten des EU-Agrarhaushalts, etwa fünf bis sechs Milliarden Euro, dient der Investitionsförderung, meist für die intensive Tierhaltung. Dies spart Arbeitsplätze in der EU ein, während die Produktionskapazitäten steigen, oft für den Export in Drittländer. Die so subventionierten Exporte verdrängen Landwirte in Entwicklungsländern von ihren lokalen und nationalen Märkten (s. Interview S. 5). ►

Die knapp zehn Milliarden Euro, die in Umweltprogramme und die Förderung benachteiligter Gebiete fließen, bilden kein ausreichendes Gegengewicht. Entsprechend setzt sich der Trend zu immer größeren Betrieben und intensiveren Produktionsmethoden fort.



Zahlreiche Gutachten und Positionspapiere von Umweltgruppen und Experten, einschließlich des wissenschaftlichen Beirats des deutschen Landwirtschaftsministeriums, gelangen zu dem Schluss, dass ein großer Teil der Mittel der GAP ineffizient oder sogar kontraproduktiv verwendet wird. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Aber bisher konnten die gut in Verbänden organisierte Nahrungsmittelindustrie, Dünger- und Pestizidhersteller und intensiv wirtschaftende Landwirte ihre Interessen durchsetzen und wirksame Reformen verhindern. Germanwatch bringt sich gemeinsam mit anderen Organisationen intensiv in die Diskussion über die Reform der GAP ein, um genau das zu verändern.

## Steuergelder sinnvoll nutzen

Die Löcher in den öffentlichen Haushalten machen es noch dringender, die EU-Agrarpolitik grundlegend neu auszurichten. Die Milliarden der GAP müssen besser begründet und zielgenauer eingesetzt werden. Sie sollten nur noch für Leistungen der Landwirtschaft ausgegeben werden, die der Markt nicht vergütet und für die die Landwirte daher staatlich unterstützt werden müssen. Diese Leistungen umfassen etwa die Pflege von Kulturlandschaften wie Streuobstwiesen oder Weiden, den Erhalt traditioneller Nutztier-Rassen, die der Artenvielfalt dienen, oder auch die Hochwasservorbeugung. Außerhalb der traditionellen Landwirtschaftslobby wie dem deutschen Bauernverband herrscht große Übereinstimmung, dass öffentliche Mittel stärker an solche öffentlichen Leistungen gekoppelt werden müssen.

Besonderes Augenmerk legt Germanwatch auf die Wirkungen der GAP auf Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Direkte Subventionen für den Export



europäischer Agrarprodukte müssen endgültig abgeschafft werden. Obwohl die EU dies schon mehrfach in Aussicht gestellt hat, ist ein entsprechender Beschluss nicht sicher. Bedeutender sind mittlerweile ohnehin Direktzahlungen und Investitionsbeihilfen. Sie müssen grundlegend reformiert werden, um nicht länger Exporte zu Preisen unterhalb der vollen Produktionskosten möglich zu machen. Und schließlich sollte die Reform der GAP auch jenseits von Subventionen neue Regeln hervorbringen; beispielsweise, um in Branchen wie der Schweine- und Geflügelzucht Produktionsformen zu verbieten, die auf Kosten des Tierwohls und der Umwelt gehen.

Statt die europäische Agrarproduktion am Weltmarkt auszurichten und dazu alle Möglichkeiten der Kostensenkung und des Wachstums auszuschöpfen, sollte die verlässliche Versorgung des europäischen Binnenmarktes im Vordergrund stehen. Die Konzentration auf regionale Ressourcen schafft nicht nur Arbeitsplätze bei uns. Sie bietet auch die besseren Chancen, ökologische und klimafreundliche Kreisläufe zu schaffen, und vermeidet die künstlich subventionierte Konkurrenz mit Kleinbauern in den Entwicklungsländern.

*Tobias Reichert*

### Positionspapier des Forums Umwelt und Entwicklung zur GAP nach 2013:

[www.germanwatch.org/handel/pos-gap2](http://www.germanwatch.org/handel/pos-gap2)

### Positionspapier der Agrarverbände-Plattform "Die bessere Agrarpolitik":

[www.germanwatch.org/handel/pos-gap](http://www.germanwatch.org/handel/pos-gap)

# Gesichter hinter der Milch

## Von der EU-Agrarpolitik und ihren Folgen für bäuerliche Betriebe weltweit

Milch ist nach Kaffee und Tee weltweit das beliebteste Getränk. Auch Milchprodukte wie etwa Käse, Joghurt oder Quark erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Der Großteil kommt dabei frisch aus der Region: Nur knapp sieben Prozent der produzierten 700 Millionen Tonnen Milch wurden 2008 auf dem Weltmarkt gehandelt. Dennoch setzt die europäische Agrarpolitik auf den globalen Markt – mit fatalen Folgen für die Milchbauern.

Weil der Weltmarktpreis niedriger ist als ihre Produktionskosten, bekommen die europäischen Milchbauern von ihren Molkereien viel zu wenig, um rentabel Milch zu produzieren. „Ich bräuchte mindestens 40 Cent, bekomme aber weniger als 30 für einen Liter Rohmilch“, erklärt Thierry Leservoisier, Milchbauer aus der Normandie. Die Öffnung zum Weltmarkt ist für ihn kein Geschäft, sondern reiner Verlust.

Nicht nur zahlreiche europäische Milchbauern stehen vor dem Aus. Begünstigt durch die heutige EU-Agrarpolitik können die europäische Ernährungsindustrie und die Molke-reien ihre Milchprodukte billig auf dem Weltmarkt platzieren. In Entwicklungsländern konkurrieren sie mit heimischen Produkten und gefährden dort die Lebensgrundlage von Kleinbauern bzw. verhindern den Aufbau einer eigenen Milchverarbeitung. In Lateinamerika werden immer mehr Kleinbauern von ihren Feldern vertrieben – für den industriellen Anbau von Soja, das Europa als Viehfutter dringend braucht, um seine steigende Milchmenge produzieren zu können.



Im Projekt „Jetzt handeln!“ beleuchten Germanwatch und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Hintergründe und Risiken der aktuellen EU-Agrarpolitik. Ein Ergebnis ist die Ausstellung „Mensch Macht Milch“, die auf Seite 4 vorgestellt wird und deren Bilder diese Zeitung illustrieren. Sie zeigen die Gesichter und Geschichten hinter der Milch und machen somit deutlich: Europa braucht eine nachhaltige Agrarpolitik, die die bäuerliche

Landwirtschaft nicht überwinden, sondern sie langfristig sichern will. In Europa und weltweit.

*Marco Klemmt*



# Wiederkäuer als Klimaschützer

## Klimawirkungen von Rinderhaltung und Grasland

**T**reibhausgase, die das Klima anheizen, stammen längst nicht nur aus unseren Auspuffrohren und Schornsteinen. Neben Industrie, Verkehr und Haushalten trägt auch die Landwirtschaft mit etwa zwölf Prozent zum Klimawandel bei. Bezieht man die schwer zu schätzende Umwandlung von Wäldern und Mooren in Agrarflächen mit ein, steigt der Anteil auf 17 bis 32 Prozent. Vor allem die Rinderhaltung steht in der Kritik. Denn im Verdauungsprozess einer Kuh entsteht das Klimagas Methan, das 23-mal so klimawirksam ist wie Kohlendioxid.

Einige Gruppierungen schlagen tatsächlich vor, auf den Konsum von Fleisch- und Milchprodukten ganz zu verzichten. Andere empfehlen dagegen eine Intensivierung der Produktion, so dass eine geringere Anzahl Tiere die gleiche Milch- oder Fleischmenge erbringt. Zudem wird diskutiert, die Rinder dann nur noch in geschlossenen Ställen zu halten und das Methan aufzufangen.

In einer für Germanwatch erstellten und in Kürze veröffentlichten Studie stellt die Tierärztin Anita Idel dar, dass beide Positionen

unter einer verkürzten Betrachtungsweise leiden. Anders als die meisten anderen Wirtschaftszweige emittiert die Landwirtschaft nicht nur Treibhausgase, sondern kann sie auch speichern. Das geschieht vor allem im Humus und in den Wurzeln mehrjähriger Pflanzen. Wie weit dieses Potenzial genutzt wird, hängt davon ab, wie das Land bewirtschaftet wird. Die heute weit verbreitete Intensivlandwirtschaft, die stark auf den Einsatz von Mineraldünger setzt, führt zum Abbau von Humus und Emissionen von klimaschädlichem Lachgas und Methan.

Wiesen und Weiden bieten ein besonders großes Speicherpotenzial für Kohlenstoff, wenn sie langfristig und angemessen bewirtschaftet werden. Anders als beim Wald tritt hier praktisch keine Sättigungsgrenze ein, wie die meterdicken Humusschichten unter der nordamerikanischen Prärie zeigen. Eine entsprechende Bewirtschaftung vorausgesetzt, könnte Grünland daher als natürliche Kohlenstoffs Senke genutzt werden. Schon heute werden laut Weltagrarbericht 12 Prozent des biogenen Kohlenstoffs im Weideland gespeichert. Grünland

ist in vielen Teilen der Welt erst durch Viehhaltung entstanden und kann nur dauerhaft erhalten werden, wenn es bewirtschaftet wird. Dies erfolgt traditionell durch Wiederkäuer, vor allem Rinder, die Gras durch die Umwandlung in Milch und Fleisch für die menschliche Ernährung nutzbar machen.

Wir müssen nicht ganz auf Fleisch und Milch verzichten, um das Klima zu retten. Ein so hoher Konsum wie in Industrieländern und zunehmend auch in Schwellenländern üblich, ist jedoch nicht zukunftsfähig. Das Maß ist entscheidend. Und Agrarwissenschaft und -politik müssen das Potenzial der Land- und Weidewirtschaft als Kohlenstoffspeicher stärker berücksichtigen und fördern. Bei der Reform der europäischen Agrarpolitik für die Zeit nach 2013 kann hier ein Anfang gemacht werden.

*Tobias Reichert*

Weitere Informationen zur Studie:  
[www.germanwatch.org/handel/kg-studie](http://www.germanwatch.org/handel/kg-studie)

# Wir haben keine Alternativen

## Landwirtschaft spielt in Burkina Faso eine wichtige Rolle. Eine Reportage über Milch

**A**ls Saidou Cisse (42) morgens aus der Tür trat, wurde ihm schnell bewusst, dass er über Nacht ein armer Mann geworden war. Seine fünf Milchkühe standen nicht mehr neben der Hütte, wie sie es sonst immer taten. Die Tiere hat er nie wieder gesehen. „Sie sind mir gestohlen worden“, sagt Cisse.

Insgesamt fünfzehn Liter Milch am Tag gaben sie in den besten Zeiten, die Milch für die Nachzucht abgezogen. Damals hatte Saidou Cisse seinen kleinen Hof noch in Dassasgho, einem Stadtteil mitten in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso. Zum Glück blieben Cisse nach dem Diebstahl seiner Milchkühe noch die Kälber und Bullen, mit denen er nach ein paar Jahren wieder seinen Lebensunterhalt sichern konnte.

Die Bevölkerung in Burkina Faso wächst rasant. 1965 lebten vier Millionen Menschen in dem westafrikanischen Land, heute sind es knapp vierzehn Millionen. In den letzten Jahren hat sich die Einwohnerzahl der Hauptstadt verdoppelt und an den Stadträndern fressen sich die Lehmhütten immer weiter ins Land. Eines Tages war auch Saidou Cisses Hof von

der Stadt umzingelt. Die Regierung und deutsche Hilfsorganisationen unterstützten ihn und viele andere Milchbauern bei der notwendigen Umsiedlung. Jetzt lebt er mit seiner Familie und seinen Tieren in Yagma, etwa zehn Kilometer vom Stadtrand entfernt.



Für jeden Liter seiner Milch, den private Händler von Cisse aufkaufen und in Ouagadougou am Straßenrand verkaufen, erhält der Milchbauer umgerechnet 46 Cent. Das ist in etwa doppelt so viel, wie der sogenannte Weltmarktpreis hergibt. Überschlägt man die Einnahmen aus dem Milchverkauf, nimmt die Familie rund

260 Euro im Monat ein. Das reicht, um die siebenköpfige Familie zu ernähren, Futter für die Tiere zu kaufen, Ärzte zu bezahlen und die Kinder in die Schule zu schicken. Liegen große Ausgaben an, dann verkauft Saidou Cisse ein Tier. „Wir sind zufrieden“, sagt er. „Aber wir haben auch keine Alternativen.“

Mit dem zugekauften Futter hält Cisse auch in der Trockenzeit, die fast acht Monate dauert, die Milchleistung auf durchschnittlich drei Liter pro Tier und Tag. Denn nach der Regenzeit dürrt die Prärie aus und irgendwann wird das Futter knapp. Das ist für viele Milchbauern der begrenzende Faktor in der Milchproduktion.

Etwa für Souleymane Diallo (63): Er lebt zwei Autostunden von Ouagadougou entfernt und ist Chef einer Dorfgemeinschaft. Mehrere Familien leben hier zusammen. Ihnen gehören zusammen 55 Milchkühe plus je ein Dutzend Kälber und Bullen. In der Trockenzeit geben die Kühe gerade mal einen halben Liter Milch am Tag, in der Regenzeit etwas mehr. Noch fehlen ihnen Kenntnisse und Möglichkeiten für bessere Fütterungssysteme. ▶

Die Milch der Dorfgemeinschaft wird erst seit wenigen Jahren von der lokalen Molkerei in der nahe gelegenen Stadt Koudougou per Fahrrad oder Motorrad abgeholt. In der Regenzeit mehr, in der Trockenzeit weniger. „Die Schwankungen sind das Problem“, sagt Geschäftsführerin Aissata Barry (40). Denn die Nachfrage nach ihren Produkten ist groß. In der Trockenzeit gelangen allerdings insgesamt gerade mal 60 Liter Milch in die Molkerei. Ein Teil wird pasteurisiert,

ein Teil zu einer Art Frischkäse, zu Butter, Joghurt oder auch zu Seife verarbeitet. In der Regenzeit verarbeiten die sechs Angestellten täglich immerhin 130 Liter. Die Kapazität der Molkerei ist aber auch dann kaum ausgelastet.

In den Läden sind die Regale voll mit Milchprodukten, von denen die meisten Markennamen aus Europa tragen. Milcherzeugnisse aus Burkina Faso sind selten darunter zu finden.

Nimmt die heimische Milchproduktion im Laufe der Zeit weiter zu, könnte sich das ändern. Potenzial gibt es jedenfalls und die Notwendigkeit besteht allemal – denn für die Bauern gibt es kaum alternative Einkommensmöglichkeiten.

*Berit Thomsen, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*

# Mensch Macht Milch

**Fotoausstellung von Germanwatch und Partnern zur EU-Agrarpolitik und bäuerlichen Landwirtschaft in Nord und Süd. Schirmherrin ist Sarah Wiener**

**W**ie arbeiten die Bauern und Bäuerinnen in Nordrhein-Westfalen, in Frankreich oder in Burkina Faso? Wie wirkt sich die EU-Agrarpolitik auf diese Menschen aus? Antworten auf diese Fragen gibt die Fotoausstellung „Mensch Macht Milch – EU Agrarpolitik und bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd. Auswirkungen und Perspektiven“.

Der Hamburger Fotograf Fred Dott hat über einen Zeitraum von einem Jahr Menschen auf sieben Höfen in drei europäischen Ländern sowie dem westafrikanischen Burkina Faso porträtiert. Mit seiner Kamera hat er Gesichter hinter der Milch festgehalten. Die Hintergründe zu den Menschen und Höfen dokumentierte Berit Thomsen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Die Auswirkungen der EU-Milchpolitik auf die afrikanischen Milchbauern zeigt die Ausstellung am Beispiel Kamerun. Ergänzende Tafeln skizzieren anschaulich den Zusammenhang zwischen Märkten und Macht. Ein begleitender Flyer und ein Ausstellungskatalog geben die Lebensumstände der Menschen und die politischen Hintergründe vertiefend wieder.



Mensch  
**MACHT**  
Milch

## Anschaun

Mit einer Vernissage in Berlin wird die Ausstellung „Mensch Macht Milch“ am **4. Oktober 2010** erstmals der Öffentlichkeit präsentiert.

Ort: Foyer der Volkshochschule Mitte, Linienstraße 162, 10115 Berlin

Beginn: 18.00 Uhr

Die Ausstellung wird vom 4. bis 12. Oktober 2010 in der VHS Mitte gezeigt.

Öffnungszeiten:  
Mo-Fr 9-21 Uhr,  
Sa & So 10-16 Uhr

Die Ausstellung wurde von Germanwatch und der AbL im Rahmen des gemeinsamen Projektes „Jetzt handeln! Klima- und entwicklungsfreundliche EU-Agrarpolitik“ erstellt und zusammen mit den Partnern Brot für die Welt und MISEREOR sowie dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und dem European Milk Board

## Ausleihen

Die Fotoausstellung kann ab Mitte Oktober 2010 gegen Übernahme von Transportkosten ausgeliehen werden. Sie umfasst 19 Fototafeln (Hochformat, 60cm x 90cm). Die Aussteller erhalten kostenlos Hintergrund- und Werbematerial zugeschiedt.

Nähere Informationen bei der AbL (Berit Thomsen, thomsen@abl-ev.de)

oder Germanwatch (Marco Klemmt, klemmt@germanwatch.org).

Buchungen der Ausstellung bitte direkt über die AbL.

(EMB) herausgegeben. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Weitere Informationen unter:  
[www.germanwatch.org/handel/mmm](http://www.germanwatch.org/handel/mmm)

# Soja – Treibstoff für die globalisierte Landwirtschaft

## EU muss Alternativen zum Futtermittelimport unterstützen

An keinem anderen Produkt lassen sich die Folgen der Globalisierung der Landwirtschaft deutlicher demonstrieren als am Einsatz von Sojaschrot in der Tierhaltung. Die gewaltige Tierproduktion in der Bundesrepublik und der EU ist nur durch den Zukauf von Futtermitteln aus Drittländern möglich. Über 32 Millionen Tonnen Soja wurden 2008 bereits von der EU importiert. Doch zu welchem Preis?

Auf der einen Seite, zum Beispiel in dem mit Abstand größten Anbaugebiet Brasiliens, drängen die Monokulturen des Sojaanbaus immer weiter in Gebiete vor, deren ökologisches und soziales Gefüge durch eine rasante, intensive Landnahme und -nutzung gefährdet ist. Es droht die Zerstörung hochsensibler Ökosysteme. Die Nutzung der besonders artenreichen Steppenlandschaft Cerrado und des Regenwaldes als Ackerland verursacht Abholzungen und damit die Freisetzung von Kohlendioxid. Im Süden Brasiliens führte der Soja-Boom zur Verdrängung von Kleinbauern und ihren Familien, denn die Sojaproduktion findet überwiegend in Großbetrieben statt. Trotz dieser sozialen und ökologischen Konsequenzen hält die brasilianische Regierung daran fest, den Anbau von Soja zu forcieren.

Auf der anderen Seite, in der Europäischen Union, sorgen die hohen Sojaimporte dafür,

dass Tierzucht losgelöst von Weide- oder Futtermittelflächen möglich ist, was wiederum zu erheblichen Emissionsproblemen führt – vor allem in den Hochburgen der Massentierhaltung Niederlande, Dänemark, Norddeutschland und Nordfrankreich. Die hohen Sojaimporte ermöglichen, dass in Deutschland und der EU trotz eines hohen Pro-Kopf-Verbrauchs mehr Fleisch und Milchprodukte erzeugt als verbraucht werden. Die so entstehenden Überschüsse landen auf dem Weltmarkt, oft auch in Entwicklungsländern, wo sie Kleinbauern von ihren regionalen Märkten verdrängen.



Dabei gibt es Alternativen zum Sojaimport: Den Anbau von Ackerbohnen, Futtererbsen, Klee oder auch Soja in Europa und vor allem eine verbesserte Weidehaltung von Rindern (s. Seite 3). Diese Möglichkeiten müssen ausgeschöpft und von der europäischen Agrarpolitik

### Warum ich „Mensch Macht Milch“ gut finde



**Sarah Wiener,**  
Fernsehköchin,  
Gastronomin und  
Buchautorin

Als leidenschaftliche Köchin sind mir qualitativ hochwertige Lebensmittel sehr wichtig. Und ich will wissen, wo sie herkommen. Jeder hat das Recht zu wissen, unter welchen Bedingungen Fleisch und Lebensmittel, wie zum Beispiel unsere Milch, hergestellt werden. Dazu muss man natürlich auch mal über den Tellerrand schauen – wie die Ausstellung „Mensch Macht Milch“. Es freut mich, Schirmherrin dieser interessanten und politisch wichtigen Ausstellung sein zu dürfen.

Weitere Informationen zur Ausstellung „Mensch Macht Milch“ von Germanwatch und Partnern auf Seite 4.

angemessen gefördert werden. Die dann noch notwendigen Futtermittelimporte müssen aus nachhaltiger Produktion stammen. Außerdem wäre zur Sicherung kleinbäuerlicher Existenzen zu prüfen, ob sich die Prinzipien des Fairen Handels auch auf Soja anwenden lassen.

Kerstin Lanje, Referentin für Welthandel und Ernährung bei MISEREOR

# Das Problem ist die Konkurrenz aus dem Ausland

## Interview mit Henry Njakoi, Direktor von Heifer International Kamerun, über die Herausforderungen der lokalen Milchwirtschaft

**In Deutschland gehen wir davon aus, dass die landwirtschaftlichen Produktionskosten in Kamerun eher gering sind. Stimmt das?**

Ja, das ist der Fall, wenn man allein die Produktion in den Betrieben betrachtet. Was den Preis für die Milch nach oben treibt, sind die Transportkosten.



Foto: Karin Desmarowitz

**Wie kann man sich den Milchtransport vorstellen?**

Die Bauern bringen ihre Milch größtenteils selbst zur Molkerei beziehungsweise vermarkten sie direkt. Das geschieht auf ganz unter-

schiedliche Weise. Entweder zu Fuß oder mit dem Fahrrad, aber auch mit dem Moped wird der Transport bewerkstelligt. Manchmal sogar mit dem Taxi, dann muss man aufpassen, dass der Fahrer nicht zu schnell fährt und einen Unfall baut.

**Über welche Entfernungen wird die Milch transportiert?**

Die meisten Bauern sind marginalisiert und leben weit entfernt von den Städten. Da müssen im Durchschnitt etwa 80 Kilometer zurückgelegt werden. In günstigen Fällen sind kleine Städte im Umkreis, in denen Bauern ihre Milch absetzen können. Dann betragen die Entfernungen zwei bis zehn Kilometer.

**Ist es für die Bauern ein Problem, Abnehmer für ihre Milch zu finden?**

In der Regel nicht. Die Nachfrage ist groß und steigt mit der wachsenden Produktion weiter an. Das große Problem ist die Konkurrenz durch billiges, importiertes Milchpulver und billige Butterimporte. Verarbeiter greifen auf diese Importwaren zurück, um Kosten einzusparen. Die daraus verarbeiteten Milchprodukte und die so entstandene „Milch“ sind deutlich günstiger als die heimische Produktion. Das drückt auf die Preise, die unsere Milchproduzenten am Markt erzielen.

**Was bedeutet das für die Armutsbekämpfung?**

Diese Entwicklung ist ein Signal für heimische Investoren, die Finger von der Milchwirtschaft



zu lassen. Das wiederum hat fatale Folgen für einen wirtschaftlichen Aufbau in den ländlichen Räumen, für die Ernährungssouveränität und für die heimischen Milchbauern. In Kamerun steigt die Nachfrage nach Milchprodukten. Es gibt enorme Potenziale, diese Nachfrage durch eine eigene Milchwirtschaft zu decken.

#### Was fordern Sie von der Agrarpolitik?

Die Regierung muss den Aufbau und den Er-

halt der Milchwirtschaft im Land unterstützen. Gleichzeitig müssen die zerstörerischen Importe von billigen Milch-Massenwaren unterbunden werden. In unserem Land spielt da auch Korruption eine Rolle, durch die der bestehende, wenn auch geringe Zollschatz nicht genutzt wird. Daran müssen wir arbeiten. Dennoch fordern wir von der EU, die Milchexporte in unser Land einzudämmen, damit wir eine eigene Milchwirtschaft aufbauen können.

*Gekürzte Fassung eines Interviews, das Marcus Nürnberger und Berit Thomsen für die AbL-Verbandszeitung „Unabhängige Bauernstimme“ führten.*

*Die Nichtregierungsorganisation Heifer International hat ihren Hauptsitz in den USA und unterstützt in mehr als 40 Ländern weltweit ländliche Projekte.*

# Das Freihandelsabkommen zwischen EU und Kolumbien muss gestoppt werden

## Die Existenz hunderttausender kolumbianischer Kleinbauern ist bedroht

Anfang des Jahres verkündete die EU-Kommission stolz den Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kolumbien. Das Abkommen werde unter anderem die soziale Sicherheit in Kolumbien verbessern und zur Bekämpfung von Armut beitragen, erklärte der EU-Handelskommissar Karel De Gucht vor dem Europäischen Parlament.

Doch wird das Abkommen wirklich einen Beitrag zu Entwicklung, Armutsbekämpfung und zum Schutz von Menschenrechten leisten? Das EU-Kolumbien-Freihandelsabkommen soll offenbar vor allem den kolumbianischen Markt für europäische Konzerne öffnen. Die EU hat sich in den Verhandlungen verbesserten Marktzugang für ihre wichtigsten Agrarexportprodukte gesichert, darunter Milchpulver und Schweinefleisch. Die Erfahrungen aus der Karibik und Westafrika zeigen: Mit diesen Produkten aus hoch subventionierter industrieller Massentierhaltung in Europa, deren Ausfuhr

die EU darüber hinaus noch einmal subventioniert, können einheimische Produzenten nicht mithalten. Viehhalter und Bäuerinnen in Kolumbien werden schlicht vom Markt verdrängt. Und die wirtschaftliche Existenz hunderttausender Familien, die von dieser kleinbäuerlichen Produktion abhängen, ist bedroht.

Bei der nun vertraglich festgelegten Liberalisierung in Kolumbien sind also die europäischen Großkonzerne und große lateinamerikanische Unternehmen des Exportsektors die tatsächlichen Gewinner. Für die breite Bevölkerung hingegen verschärfen sich Vertreibung, Armut und sozialer Ausschluss weiter.

Da wird auch die an sich zu begrüßende Menschenrechtsklausel im Abkommen kaum noch ein Gegengewicht setzen können. Bisher entpuppten sich solche Klauseln jedenfalls immer nur als Papiertiger. Von der Menschenrechtsklausel in der Importpolitik der EU,

die bisher die Importe aus Kolumbien regelt, hat die EU niemals Gebrauch gemacht; nicht einmal eine Untersuchung wurde eingeleitet. Kolumbien ist für GewerkschafterInnen und MenschenrechtlerInnen nach wie vor eines der gefährlichsten Länder der Welt: Sie wurden und werden systematisch von Armee und Polizei verfolgt, verhaftet oder gar ermordet.

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien fördert auch nicht die regionale Integration, wie die Ziele des Abkommens vielversprechend ankündigen, sondern vertieft die Konflikte innerhalb der Andengemeinschaft. Es verbessert die Lage der Menschenrechte in Kolumbien also nicht, sondern legitimiert die gegenwärtige Situation und sendet ein falsches Signal.

*Ein Kommentar von David Hachfeld, Handelsexperte bei Oxfam Deutschland*



## INTERNATIONALE TAGUNG

### „Wer ernährt die Welt? Die Europäische Agrarpolitik und Hungerbekämpfung in Entwicklungsländern – ein Widerspruch?“

Bei einer internationalen Tagung beleuchten Germanwatch und Partner die Auswirkungen der zurzeit in Europa diskutierten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die Situation der Hungernden in Afrika und Asien. Die Konferenz stellt die Zusammenhänge zwischen der EU-Agrarpolitik und der Verpflichtung zur Halbierung des Hungers auf der Welt bis 2015 dar. Aber sie stellt auch Konzepte für eine kohärente Politik im Sinne der Armutsbekämpfung vor und die Partner diskutie-

ren sie mit politischen Entscheidungsträgern sowie internationalen Fachleuten.

**Wann:** 13. Oktober 2010  
von 14 bis 20 Uhr

**Wo:** Berlin. Hotel Aquino – Tagungszentrum der Katholischen Akademie, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin

**Infos:** reichert@germanwatch.org

# Futter für Tiere und Autos statt Nahrung für Menschen?

## Eine Trendanalyse von Germanwatch zur globalen Ernährungssicherung

In den Jahren 2007 und 2008 stiegen weltweit die Nahrungsmittelpreise plötzlich dramatisch an und führten zu einer Ernährungskrise, deren Echo heute noch nachhallt. Die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel fielen nach der Krise zunächst wieder, aber weiterhin hungern mehr als eine Milliarde Menschen. Zudem steigen die Getreidepreise seit den aktuellen Ernteausfällen unter anderem in Russland und Pakistan wieder an. Geht den Menschen bald das Essen aus?

Die weltweite Anbaufläche für Getreide ist seit 1987 zwar leicht zurückgegangen, eine höhere Produktivität gleicht dies aber mehr als aus. Auch pro Kopf betrachtet stieg die weltweite Getreideproduktion. Diese Steigerung hat jedoch den Hunger insgesamt nicht vermindert, weil Grundnahrungsmittel zunehmend als Treibstoffe und Tierfutter verwendet werden.



In der Fleischproduktion werden je nach Tierart und Fütterung für jedes Kilogramm Fleisch bis zu zehn Kilogramm Getreide benötigt. Der Konsum von Schweine- und Rindfleisch wächst global betrachtet derzeit nicht mehr so stark. Doch bereits ein Drittel der weltweiten Getreideproduktion von insgesamt 2,25 Milliarden Tonnen dient als Viehfutter und steht somit nicht für die direkte menschliche Ernährung zur Verfügung.

Der Zuwachs eines anderen wichtigen Konkurrenten der menschlichen Ernährung ist dagegen rasant: Die Produktion von Agrartreibstoffen

hat sich seit dem Jahr 2000 verdreifacht und beansprucht zurzeit etwa elf Prozent der weltweiten Getreideproduktion. Um die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu reduzieren, greifen die USA und die EU nach wie vor durch Subventionen, Steuervorteile und Beimischungszwang zugunsten von Agrartreibstoffen in den Markt ein – und ignorieren somit die möglichen negativen Konsequenzen für die Ernährungssicherung.

Die vorliegenden Daten legen den Schluss nahe, dass die Engpässe in der globalen Ernährungssicherung vor allem in der Nutzung von Nahrungspflanzen für die Treibstoff- und

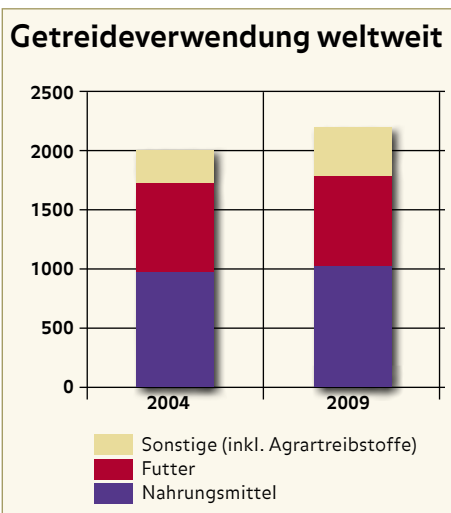
Fleischproduktion liegen. Das Fatale hieran: Die daraus resultierende Verknappung bildet den Nährboden für die Spekulation mit Getreide-Terminkontrakten an den Rohstoffbörsen. Viele Experten führen die Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln seit 2007 auf eine Kombination aus zunehmendem Anbau von Pflanzen für Treibstoffe und Spekulation an den Rohstoffbörsen zurück.

Hier ist nicht zuletzt die EU gefordert, regulierend einzugreifen. Denn das Geschehen auf den Finanz- und Rohstoffmärkten ist politisch leichter beeinflussbar als Ernährungsgewohnheiten. Es müssen daher energie- und finanzpolitische Regulierungsmechanismen eingeführt werden, die mit dem Ziel der Ernährungssicherung vereinbar sind.

Die beobachteten globalen Trends verweisen insgesamt auf steigende Risiken für die Welternährung. Hinzu kommen vielerorts heftigere und häufigere Regenfälle und Dürren. Auf lokaler Ebene spielt die Ausweitung der Produktion von Ethanol und Biodiesel für die Ernährungssicherheit und das Recht auf Nahrung eine immer größere Rolle. Denn in vielen Ländern verdrängt das exportorientierte Agrobusiness zunehmend Kleinbauern, die für die lokale Ernährungssicherung so wichtig sind.

*Klemens van de Sand*

Vollständige Trendanalyse unter:  
[www.germanwatch.org/handel/trend-ern](http://www.germanwatch.org/handel/trend-ern)



(Quelle: Germanwatch/Datenquelle FAO)



## Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). [www.germanwatch.org/zeitung](http://www.germanwatch.org/zeitung)
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. [www.germanwatch.org/kliko](http://www.germanwatch.org/kliko)
- ☐ \_\_\_\_\_ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. [www.germanwatch.org/zeitung](http://www.germanwatch.org/zeitung)
- ☐ Studie: Die Millenniumsentwicklungsziele und der Klimawandel: Bilanz und Ausblick. 5 Euro. [www.germanwatch.org/klima/klimdg10.htm](http://www.germanwatch.org/klima/klimdg10.htm)
- ☐ Kurzanalyse der „Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung“. Kostenlos. [www.germanwatch.org/klima/nes-br](http://www.germanwatch.org/klima/nes-br)
- ☐ Studie: Eine andere Energie-Zukunft ist möglich! Neue Studie von Germanwatch vergleicht wichtige Niedrig-Energie-Szenarien. 8 Euro. [www.germanwatch.org/klima/nes](http://www.germanwatch.org/klima/nes)
- ☐ Poster: Klimawandel - Die Erde im Fieber. Kipp-Elementen im Klimasystem. 1 Euro. [www.germanwatch.org/klima/poster10-9-01](http://www.germanwatch.org/klima/poster10-9-01)
- ☐ Positionspapier: Die Zeit ist reif für eine neue EU-Agrarpolitik: fair, umweltgerecht und global verantwortlich! Kostenlos. [www.germanwatch.org/handel/pos-gap2](http://www.germanwatch.org/handel/pos-gap2)
- ☐ Studie: ODA: wie versprochen, so gebrochen. Die deutsche „Offizielle Entwicklungsunterstützung“ 2003 bis 2008/09. Kostenlos. [www.germanwatch.org/ez/oda10](http://www.germanwatch.org/ez/oda10)
- ☐ Broschüre: Globaler Klimawandel – Klimawandel und Treibhauseffekt. Kostenlos. [www.germanwatch.org/klima/gkkk](http://www.germanwatch.org/klima/gkkk)
- ☐ Positionspapier: Verbände fordern: Agrarsubventionen neu verteilen. Kostenlos. [www.germanwatch.org/handel/pos-gap](http://www.germanwatch.org/handel/pos-gap)

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen.  
Bestellung: [versand@germanwatch.org](mailto:versand@germanwatch.org), Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

[www.germanwatch.org/pub](http://www.germanwatch.org/pub)

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Evtl. Organisation/Firma \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Tel./Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

## Wer wir sind – was wir wollen

### Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

## Termine

### ■ Hamburg, 25.9.-3.10.10:

Germanwatch-Infostand auf der Messe „Du und Deine Welt“ im Rahmen des Verbraucherprojektes „für mich. für dich. fürs klima.“  
Weitere Infos: [www.hamburg-messe.de/ddw](http://www.hamburg-messe.de/ddw)

### ■ Berlin, 27.9.10:

Konferenz „Die Uhr neu stellen: 2050“ vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, u.a. mit Klaus Milke.  
Anmeldung und weitere Infos: [www.nachhaltigkeitsrat.de](http://www.nachhaltigkeitsrat.de)

### ■ Tutzing, 1.-3.10.10:

Tagung „WERTVOLLERLEBEN – Geld Wert Nachhaltigkeit“ in der Evangelischen Akademie Tutzing, u. a. mit Manfred Treber. Weitere Infos: <http://tinyurl.com/tag-wve>

### Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin,  
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn  
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)  
E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

### Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

### Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,  
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.),  
Daniela Baum, Marco Klemmt, Tilman Santarius.  
Layout: Dietmar Putscher, Köln.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

### ■ Hofgeismar, 20/21.10.10:

Tagung „Landwirtschaft gestalten - Herausforderung für die Agrarpolitik weltweit“, u. a. mit Tobias Reichert.  
Weitere Infos: [www.agrarbuendnis.de/index.php?id=271](http://www.agrarbuendnis.de/index.php?id=271)

### ■ Berlin, 5./6.11.10:

Konferenz und Fachtagung „Nie wieder Weltmeister? – Alternativen zur exportorientierten deutschen Handelspolitik“, u. a. mit Tobias Reichert.  
Weitere Infos: [www.forumue.de/13.0.html](http://www.forumue.de/13.0.html)

## Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- ☐ Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von \_\_\_\_\_ € per Lastschrift.
- ☐ Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
  - ☐ monatlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich
 den Betrag von \_\_\_\_\_ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.  
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen.  
Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Geldinstitut \_\_\_\_\_

BLZ \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße / Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.